

An den Grossen Gemeinderat

Winterthur

Beantwortung der Interpellation betr. Potenzial von Open Government Data nutzen, eingereicht von den Gemeinderäten M. Wäckerlin (PP) und B. Meier (GLP)

Am 3. November 2014 reichten die Gemeinderäte M. Wäckerlin und B. Meier namens der GLP/PP-Fraktion mit 13 Mitunterzeichnerinnen und Mitunterzeichnern folgende Interpellation ein:

«Der Bundesrat hat am 16. April 2014 die «Open-Government-Data-Strategie Schweiz 2014–2018» verabschiedet¹. Der Bundesrat versteht Daten als Rohstoff der Wissensgesellschaft und erkennt ein grosses, erst teilweise ausgeschöpftes Potenzial in der offenen Publikation und Bereitstellung von (nicht personenbezogenen) Behördendaten. Dank Open Government Data (OGD) soll dieses Potenzial besser ausgeschöpft werden. Im Laufe des Jahres 2015 ist der Start eines neuen Open-Data-Portals geplant. Es ist explizit gewünscht, dass sich Städte und Gemeinden am Projekt beteiligen und zur Entstehung einer offenen und prosperierenden nationalen Datenwirtschaft und -kultur beitragen. Auch die E-Government-Strategie 2013–2016 des Kantons Zürich² enthält OGD als Ziel. Daher stellen sich folgende Fragen:

- 1. Teilt der Stadtrat die Auffassung des Bundesrates, dass offene Behördendaten Innovation und wirtschaftliches Wachstum ermöglichen, Transparenz und Partizipation fördern und die Effizienz der Verwaltung erhöhen? Trifft dies auch auf die Stadt Winterthur zu?*
- 2. Ist der Stadtrat bereit, die Open-Government-Data-Strategie 2014–2018 mit allen darin enthaltenen Grundsätzen auf Gemeindeebene ebenfalls umzusetzen?*
- 3. Welche konkreten Massnahmen will der Stadtrat umsetzen?*
- 4. In welcher Form arbeitet die Stadt Winterthur für die Umsetzung dieser Strategie mit dem Bund, dem Kanton, anderen Gemeinden sowie Organisationen aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammen? Beteiligt sie sich am Projekt «OGD Schweiz»?»*

Der Stadtrat erteilt folgende Antwort:

Der Stadtrat ist grundsätzlich positiv gegenüber «Open-Government-Data» (OGD) eingestellt und sieht die damit verbundenen Chancen und Möglichkeiten. Allerdings ist zu beachten, dass sich «OGD» nur auf den ersten Blick als einfaches Vorhaben darstellt; bei genauerer Betrachtung erweist es sich vielmehr als ein umfangreiches, Ressourcen bindendes und langfristiges Projekt, welches zuerst sorgsam aufgebaut und anschliessend laufend bewirtschaftet und betreut werden muss.

Das Thema «OGD» ist sehr vielschichtig. Es betrifft die gesamte Stadtverwaltung und widerspiegelt sich in einer grossen Anzahl von zu berücksichtigenden Aspekten. In der «OGD-Strategie» des Bundes werden diesbezüglich folgende Massnahmen beschrieben:

- Überprüfung und Anpassung der rechtlichen Rahmenbedingungen
- Datenfreigabeplanung
- Datenfreigabeprozess

1 Quelle: <http://www.egovernment.ch/umsetzung/00881/00883/>

2 Quelle: <http://www.e-gov.zh.ch/internet/staatskanzlei/egov/de/thema1/strategie.html>

- Inventarisierung der Datenbestände
- Überprüfung der Gebührenpolitik
- Aufbau eines OGD-Portals oder Nutzung eines vorhandenen OGD-Portals
- Bereitstellung von Hilfsmitteln und Instrumenten für die Datenpublikation und Bereitstellung
- Auswahl und Definition der OGD-Standards
- Erarbeitung einheitlicher Nutzungsbedingungen
- Erarbeitung eines Kooperationsmodells
- Dialog mit den OGD-Anwendern
- Bekanntmachung des Datenangebots in der Öffentlichkeit
- Evaluation der Wirkung von OGD.

Die Sinnhaftigkeit und der Nutzen von «OGD» für Einwohner/innen und Unternehmen im Sinne eines Service Public werden klar bejaht. Hingegen muss in Frage gestellt werden, ob für die Stadt und deren Verwaltung mit «OGD» ein vernünftiger «Return on Investment» unter Berücksichtigung klarer Effektivitäts- und/oder Effizienzgewinne zu erzielen wäre.

Auch wenn die Stadt im Sinne eines Service Public auf einen «Return on Investment» verzichten würde, würden sich die nötigen Investitions- und Betriebskosten für «OGD» in der aktuellen und für die nächsten Jahre anhaltenden wirtschaftlich schlechten Situation der Stadt nur schwer vertreten lassen. Zudem müssten im Gegenzug andere wichtige städtische Vorhaben und Dienstleistungen gestoppt bzw. nicht mehr angeboten werden.

Die Stadt Zürich hat ein entsprechendes Projekt gestartet und bietet seit Juni 2012 ein «OGD-Portal» an:

- Für die Umsetzung von «OGD» ist Statistik Stadt Zürich verantwortlich; das Team besteht aus zwei Personen.
- «OGD» ist kein Selbstläufer-Projekt. Das Veröffentlichen von Daten allein genügt nicht; die Daten müssen laufend gepflegt werden.
- Im Jahr 2014 wurde ein Aktionsplan mit 14 begleitenden Massnahmen lanciert. Dieser umfasst unter anderem:
 - Massnahmen zur fortlaufenden Pflege des Portals: Auswahl der angebotenen Daten und deren Aktualisierung.
 - Kommunikationsmassnahmen:
 - Intern: Workshops mit Datenownern, Informationspakete etc.
 - Extern: Community-Building, Referate, Leporellos, Blog, Twitter etc.

Bereits mit der «E-Government-Strategie 2012» der Stadt Winterthur, welche der Stadtrat Ende 2011 verabschiedet hatte, wurde «OGD» als wichtiger Teilaspekt definiert und mit prioritären Umsetzungsmassnahmen versehen. Aufgrund der wirtschaftlich schlechten Situation der Stadt Winterthur wurde aber der Not gehorchend die gesamte «E-Government-Strategie» inkl. der «OGD»-Thematik bereits im Laufe des Jahres 2013 mit tiefer Priorität versehen und demzufolge nicht im erforderlichen Umfang angegangen.

Zu den einzelnen Fragen:

Zur Frage 1:

«Teilt der Stadtrat die Auffassung des Bundesrates, dass offene Behördendaten Innovation und wirtschaftliches Wachstum ermöglichen, Transparenz und Partizipation fördern und die Effizienz der Verwaltung erhöhen? Trifft dies auch auf die Stadt Winterthur zu?»

Der Stadtrat teilt die Auffassung, dass mit «OGD» in diversen Bereichen ein Mehrwert geschaffen werden kann. Allerdings würde das die Bereitstellung von nicht zu unterschätzenden Ressourcen bedingen, die beim Aufbau und Betrieb von «OGD» in der Stadtverwaltung Winterthur eingesetzt werden müssten. Es müssten klare Verantwortlichkeiten und Prozesse definiert werden, da es sich um einen Service handelt, dessen Erbringung viele Verwaltungseinheiten betrifft. Ein «Return on Investment» dürfte schwierig auszuweisen sein.

Zur Frage 2:

«Ist der Stadtrat bereit, die Open-Government-Data-Strategie 2014–2018 mit allen darin enthaltenen Grundsätzen auf Gemeindeebene ebenfalls umzusetzen?»

Inwieweit die Grundsätze der «Open-Government-Data-Strategie Schweiz 2014 – 2018» des Bundes auch für die Stadt Winterthur passend sind, müsste in einem «OGD-Projekt Stadt Winterthur» geprüft werden. Bei einer allfälligen Umsetzung würde es sicher Sinn machen, sich stark an den Grundsätzen des Bundes zu orientieren.

Aufgrund der derzeitigen und anhaltenden wirtschaftlich schlechten Situation der Stadt sind der Aufbau und die Umsetzung eines solchen Projektes allerdings nicht möglich.

Zur Frage 3:

«Welche konkreten Massnahmen will der Stadtrat umsetzen?»

Aus Sicht des Stadtrates können keine einzelnen Massnahmen isoliert umgesetzt werden. «OGD» muss als Gesamtpaket betrachtet werden, welches sämtliche Massnahmen aus der «OGD-Strategie» des Bundes abdeckt.

Zur Frage 4:

«In welcher Form arbeitet die Stadt Winterthur für die Umsetzung dieser Strategie mit dem Bund, dem Kanton, anderen Gemeinden sowie Organisationen aus Wissenschaft und Wirtschaft zusammen? Beteiligt sie sich am Projekt «OGD Schweiz»?»

Momentan ist die Stadt Winterthur aus den genannten Gründen gezwungen, sich auf eine Beobachter-Rolle zu beschränken. Eine aktive Beteiligung im Projekt «OGD-Schweiz» ist nicht möglich.

Die Berichterstattung im Grossen Gemeinderat ist der Vorsteherin des Departements Finanzen übertragen.

Vor dem Stadtrat

Der Stadtpräsident:

M. Künzle

Der Stadtschreiber:

A. Frauenfelder